



Beschluss des Landesvorstands der NRWSPD am 30.9.2017

(Klausurtagung Neuss)

Die SPD hat bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 eine historische Niederlage erlitten. Es ist die vierte Niederlage bei Bundestagswahlen in Folge für die Sozialdemokratie in Deutschland. Wir haben das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler verloren, die große Koalition ist abgewählt worden.

Wir brauchen jetzt eine schonungslose Analyse und eine politische Inventur für die gesamte SPD. Diese Analyse muss im Dialog mit unseren Mitgliedern durchgeführt werden. Wir als NRWSPD haben damit bereits am Wahlabend angefangen und bis heute deutlich mehr als 3.000 Rückmeldungen erhalten. Viele Genossinnen und Genossen teilen unsere erste Bewertung des Wahlergebnisses und lehnen eine große Koalition deutlich ab. Sie sind enttäuscht über das schwache Abschneiden der SPD und schockiert über den Einzug der AfD in den Bundestag. Außerdem geben sie konstruktive Anregungen für den Erneuerungsprozess.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Mit unseren Erfahrungen werden wir dafür sorgen, dass die Neuaufstellung im Bund und in NRW Hand in Hand geht. Mehr noch: Es gibt nicht verschiedene Sozialdemokratien auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Die Neuaufstellung kann nur gelingen, wenn alle Ebenen an einem Strang ziehen.

Das Wahlergebnis ist eine Zäsur für die Bundesrepublik Deutschland. Der Einzug der rechtsextremen AfD in den Bundestag ist ein Alarmsignal für unsere Demokratie. Unser Auftrag wird es sein, die politischen Debatten wieder da hin zu holen, wo sie hingehören - in eine klare Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU. So werden wir der AfD möglichst wenig Raum für die Verbreitung ihrer radikalen Parolen bieten. Der Satz von Alexander Gauland „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen“ zeigt, welcher Geist in der AfD herrscht.

Die Sozialdemokratie in Deutschland ist daher in der Verantwortung, die Oppositionsführerschaft im Bund zu übernehmen. Es gibt eine klare Mehrheit für eine Jamaika-Koalition. Die NRWSPD unterstützt unseren Parteivorsitzenden daher darin, dass wir für eine große Koalition nicht zur Verfügung stehen.